

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Gesamtzahl: 175. Nr. 23.

Redaktionsadresse: Die Anzeiger des Auer Tageblattes für Anzeigen und für den Empfang der Beiträge, sowie für alle Nachrichten, Briefe, Telegramme und Geldsendungen. Postfach-Nr. 2000.

Telegramme: Auer Tageblatt. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 2000.

Nr. 7

Freitag, den 9. Januar 1925

20. Jahrgang

Löbe zum Reichstagspräsidenten gewählt.

Berlin, 7. Januar. Im Reichstag ist bei der Präsidentenwahl der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Löbe mit 231 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt worden. Im ganzen waren 447 Stimmen abgegeben worden.

Die Wahl des Präsidenten sollte unmittelbar nach Beginn der für 2 Uhr nachmittags anberaumten Sitzung vor sich gehen. Ihr waren auch die Sitzungen der Fraktionen gewidmet, die fast ausnahmslos vor dem Plenum zusammengetreten sind. Von vornherein stand fest, daß mit den Sozialdemokraten auch die Demokraten für Löbe stimmen würden. Die Deutsche Volkspartei beschloß, ihren Mitgliedern die Abstimmung freizugeben. In der Deutschen Volkspartei hatte der Fraktionsvorsitzende einstimmig beschlossen, die Wahl Löbes zu empfehlen. In der Fraktion hatte sich aber Widerstand geltend gemacht, und sie hatte sich entschlossen, v. Kardorff vorzuschlagen, bei Stichwahl zwischen Wallraf und Löbe aber für den ersteren zu stimmen.

Die Reichstagsstimmung.

Das Publikum, das schon am Eröffnungstage des Reichsparlamentes in großer Zahl erschienen war, hatte sich auch am Tage der Präsidentenwahl wieder äußerst zahlreich eingefunden, so daß alle Tribünen beängstigend voll waren. Da naturgemäß auch die Abgeordneten im Interesse der Wahlen fast vollständig erschienen waren, so hatte man, was das äußere Bild und die Besetzung des Hauses anlangte, ganz den Eindruck der sogenannten großen Tage. In der Wandelhalle und in den Fraktionszimmern herrschte schon in den Vormittagsstunden Hochbetrieb. 2.15 Uhr schritten die Glocken durch das Haus. Alterspräsident Vogt (Soz.) noch recht beweglich, nimmt das Präsidium ein; Reichskanzler Marx erscheint und unterhält sich lebhaft mit seinem Pressesekretär, Ministerialdirektor Spieder. Glöde des Präsidenten. Glückwünsche für die Abgeordneten Rodsch und Bernstein, deren Plätze anlässlich ihres 70. bzw. 75. Geburtstages mit Blumensträußen geschmückt sind; Reichskanzler Marx schüttelt den Jubilaren herzlich die Hände.

Darauf wird in die Präsidentenwahl eingetreten, die durch Stimmsettel vorgenommen wird, und da die einzelnen Abgeordneten namentlich aufgerufen werden, sich außerordentlich langwierig zu gestalten scheint. Es sind aufgestellt von den Sozialdemokraten Abg. Löbe und von den Deutschnationalen Wallraf; die Deutsche Volkspartei wird im ersten Wahlgang für den Abg. v. Kardorff stimmen. Die Kommunisten wollen ihre Stimmen dem Meisterboger Thälmann geben. Das Zentrum, heißt es, will für Fehrenbach stimmen. Die Entscheidung könnte dann natürlich erst im zweiten Wahlgang erfolgen.

Während des Namensaufrufes der Abgeordneten herrscht die gleiche Stille im Saale und unaufhörliches Gerede und Kommen der Abgeordneten, die sich lebhaft über die Fragen des Tages unterhalten. Um 3.15 Uhr verkündet der Alterspräsident das Ergebnis der Präsidentenwahl, die allgemeine Ueberraschung hervorruft. Ueber alles Erwarten wurde

Der sozialdemokratische Kandidat Löbe im ersten Wahlgang gewählt.

Von 447 Stimmen entfielen auf ihn 231, so daß er damit die absolute Mehrheit erzielte. Wallraf erhielt nur 119 Stimmen, der deutschvolksparteiliche Kandidat von Kardorff 51. Die übrigen Stimmen waren zerstreut. Es hatten Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, sowie Teile der bairischen Volkspartei und der Wirt-

schaftspartei sowie der Nationalsozialisten im ersten Wahlgang für Löbe gestimmt, der lebhaft begrüßt wurde und alsbald den Präsidentensitz einnahm, von wo aus er mit der ihm eigenen Geschäftlichkeit und Wärme eine kurze, eindrucksvolle Initiationsrede hielt. Seine warmen Worte für den verstorbenen Vorkämpfer für die Aufwertung des Reiches, Abg. Düringer (D. Sp.) und für den Deutschnationalen Wallraf, denen er als politische Gegner Ehre und Achtung zollte, löste im Hause Begeisterung und Zustimmung aus. Auch dem Danke, den er dem Alterspräsidenten und seinem Vorgänger Wallraf darbrachte, zollte das Haus lebhaften Beifall.

Sobald wurde zwar zur Wahl des Vizepräsidenten geschritten, die abermals durch Namensaufruf erfolgen mußte, weil einer Wahl durch Klammation aus dem Hause widersprochen wurde. Gewählt wird schließlich der Abg. Graef-Haringen (Dn.) mit 247 Stimmen. Durch Klammation werden darauf der Abg. Bell (Zentr.) zum zweiten und der Abg. Kießer (D. Sp.) zum dritten Vizepräsidenten gewählt, woran sich schließlich die Wahl der 12 Schriftführer schließt.

Das Ergebnis dieser Wahl soll am Donnerstag bekanntgegeben werden.

Bei dem nächsten Punkte der Tagesordnung, der die kommunistischen Anträge auf Haftentlassung einer Reihe von kommunistischen Abgeordneten betrifft, kommt es zu teilweise recht lebhaften Auseinandersetzungen, wobei die Kommunisten und insbesondere ihr Wortführer, der Abg. Koenen, wieder recht bedenklich aus der Rolle fallen. Schließlich werden die Anträge dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen, der sich sofort konstituieren und baldmöglichst mit den Anträgen befaßt soll, so daß sie in der nächsten Sitzung zur Beratung gestellt werden können.

Bei der darauf folgenden Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung kommt es zu einer hochinteressanten politischen Geschäftsordnungssprache. Müller-Franken (Soz.) verlangt ausdrücklich die außerpolitischen Situation, daß sich die Regierung schleunigst im künftigen Ausmaß äußere. Die gleiche Forderung stellt der Abg. Graf Westarp (Dn.), indem er gleichzeitig darauf hinweist, daß angesichts des eskalierenden Vertragsbruchs der Völker von weiteren Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich keine Rede sein könne. Dem Redner wäre es deshalb am liebsten wenn auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Entgegennahme einer Regierungserklärung gesetzt werden könnte.

Das Ende der preußischen Koalitionsregierung.

Die Volkspartei kündigt Kampf gegen das preußische Kumpfkabinett an.

Berlin, 7. Januar. Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages entschied sich in ihrer heutigen Fraktionssitzung nach längerer Aussprache in überwiegender Mehrheit dahin, daß die staatsrechtliche Auslegung des Artikels 45 der preußischen Verfassung durch die deutsche Volkspartei, nach der das Kabinett infolge der Neuwahl des Landtages zurücktreten müsse, nicht haltbar sei. Die Fraktion billigte die Auffassung, die ihre Minister am Rejnshoff und Girksener in der Kabinettsitzung am Dienstag ausgesprochen haben, im gesamten Inhalt. Die volksparteilichen Vertreter haben den Zentrumsvertretern, die ihnen diese Entscheidung mitteilten, erklärt, das Kumpfkabinett werde im Landtage von der deutschen Volkspartei mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpft werden.

Ministerpräsident Brauns Rede.

Ministerpräsident Brauns wies in seiner Rede darauf hin, daß er, als er vor mehr als drei Jahren die Leitung des Kabinetts übernahm, die Befürchtung gehabt hätte, daß die Koalitionsarbeit ungemein schwierig verlaufen werde. Heute müsse er konstatieren, daß man in wahrhaft kollegialer Weise und in enger gemeinsamer Arbeit in schwerer Zeit dem Vaterlande gebietet und die großen Gegenwartsaufgaben erledigt werden haben. Die Koalitionsarbeit der vier Parteien sei den Ländern und vor allem dem Reich ein gutes und glückliches Beispiel politischer Stabilität gewesen. Das Ende der Großen

Koalition müsse daher aufrichtig bedauert werden. Der Ministerpräsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß die schmerzlichen, die das Auscheiden der beiden Staatsminister für unser Land haben könne, doch noch vermieden werden und daß man trotz alledem sich wieder einmal zu neuer gemeinsamer kollegialer Arbeit zusammenfinden werde. Den beiden auscheidenden Staatsministern sprach er seinen und des Staatsministeriums warmen Dank für ihre Unterstützung der Arbeit des Ministerpräsidenten und für ihre gesamte hingebende und aufopfernde Mitarbeit aus.

Reorganisation des Reichsverkehrsministeriums.

Der Neubefehl des Reichsverkehrsministeriums wird als eine der dringendsten Aufgaben, die Reorganisation des Ministeriums folgen. Nach der Schaffung eines selbständigen Unternehmens Reichsbahn sollen jetzt die noch vom Reichsverkehrsminister Dezer entworfenen Pläne ausgeführt und alle in den übrigen Ministerien noch vorhandenen Ressorts rein technischer Art im Reichsverkehrsministerium zentralisiert werden. Das Ministerium wird dann künftig die Bezeichnung „Ministerium für Technik und Verkehr“ führen. Man ist in maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß die Aufgaben der Reichspolitik auf dem Gebiet der Technik so gewaltig angewachsen sind und mit der Entwicklung des modernen Verkehrs teilweise in so engem Zusammenhang stehen, daß ihre Bearbeitung durch einen fachmännisch gekulten Minister nach einheitlichen Gesichtspunkten für alle unbedingt notwendig ist.

Zur Regierungsbildung.

Vor der Entscheidung.

Reichskanzler Marx beabsichtigt, nach der Klärung der Lage in Preußen, die den Deutschnationalen einen Strich durch die Rechnung macht, die Kabinettsbildung im Reich nach eigenem Ermessen vorzunehmen. Die Deutsche Volkspartei versucht freilich auch diesem Schritt Hindernisse zu bereiten, indem sie folgende Erklärung durch die Presse verbreiten läßt:

„Die Deutsche Volkspartei nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Zeitungsmeldungen über ein Ultimatum des Kanzlers an die Deutschnationalen Volkspartei den Tatsachen nicht entsprechen. Sie würde andernfalls verpflichtet gewesen sein, darauf hinzuweisen, daß ein solches Ultimatum der ungeeignete Weg sein würde, um eine tragfähige Regierung zusammenzubringen. Nach der Auffassung der Deutschen Volkspartei müssen die Verhandlungen weitergeführt werden. Die Deutsche Volkspartei legt erheblichen Wert darauf, festzustellen, daß sie ein, wenn auch verkleinertes Kabinett der Mitte nicht unterstützen werde, weil die gegenwärtigen großen außen- und innenpolitischen Aufgaben nur gelöst werden können, wenn die Regierung sich auf eine feste bürgerliche Mehrheit stützt.“

Die Deutsche Volkspartei gibt mit dieser Erklärung vollends ihre Stellung als Partei der Mitte auf. Sie will offenbar das Zentrum zwingen, ebenfalls eine Kursänderung vorzunehmen.

Man weiß, daß Dr. Marx den Versuch gemacht hat, seinem Auftrage in der Weise gerecht zu werden, daß er zwei den Deutschnationalen nicht nur nahestehende, sondern parteimäßig zugehörige Persönlichkeiten in sein Kabinett aufnehmen wollte, den Landrat Dr. D. und preußischen Abgeordneten Dr. v. Kries und den früheren Ministerialdirektor Reuhaus. Die deutschnationalen Parteileitung hatte beiden Herren die Annahme der ihnen angetragenen Ministerien — des Innenministeriums bzw. des Wirtschaftsministeriums — nicht gestattet. Die Deutschnationalen wollen als Fraktion in der Regierung vertreten sein und nicht durch zwei — außer dem Grafen Kanitz — Minister, und ferner durch Persönlichkeiten, die innerhalb der deutschnationalen Partei an führender Stelle stehen. Das hätte den Bürgerblock bedeutet, den das Zentrum in seinem bekannten Entschluß scharf abgelehnt hat. Das hätte auch im Widerspruch zu dem Auftrag gestanden, ein überparteiliches Kabinett zu bilden ohne Bindung an Parteien und Fraktionen. Der Reichskanzler hat infolgedessen abgelehnt, in Verhandlungen mit der deutschnationalen Fraktion einzutreten, und hat den Versuch gemacht, das Kabinett so zu ergänzen, daß es eine Gewähr für die Fortsetzung des politischen Kurses der Mitte geboten hätte, ohne aber dabei eine ausgesprochene Regierung der parlamentarischen Mitte zu sein.

Herr Marx hat dem demokratischen Fraktionsvorsitzenden Dr. Koch das Ministerium des Innern angeboten, dem volksparteilichen Abgeordneten und hervorragenden Rechtslehrer Professor Dr. Koch das Justizministerium, Wirtschafts- und Verkehrsministerium sollten durch Staatssekretäre besetzt werden. Diese Absicht des Reichskanzlers hat die Deutsche Volkspartei durch ihren Beschluß vereitelt. Abgeordneter Professor Dr. Koch hat auf Grund dieses Beschlusses die Uebernahme des Justizministeriums abgelehnt. Dadurch ist eine neue und wesentlich verschärfte Situation geschaffen worden.

Der Reichskanzler Marx war während der Wahl des Präsidiums im Reichstage anwesend. Aber es fiel, daß er nachher sich zum Reichspräsidenten begeben wollte, um diese Situation mit ihm zu besprechen. Es war dem Reichstage noch nicht bekannt, welchen Entschluß Dr. Marx gefaßt hat, ob er den Auftrag zurückgeben oder es versuchen wollte, mit einem Geschäftskabinett vor den Reichstag zu treten.

Im ersteren Falle würde wahrscheinlich kaum etwas anderes übrig bleiben, als daß der Reichspräsident sich neuerlich an den Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei wendet. Im zweiten Falle würde das dritte Kabinett Marx parlamentarisch nur vom Zentrum und von den Demokraten getragen werden. Inneres, Wirtschaft, Justiz und Verkehr würden mit Staatssekretären besetzt werden, und dazu kann, da Dr. Stresemann in Konsequenz des Beschlusses seiner Fraktion als Außenminister demissionieren müßte, das Außenministerium.

Die Entscheidung darüber, welcher Weg eingeschlagen werden wird, dürfte in den nächsten Stunden fallen. Denn eine Entscheidung muß jetzt kommen. Seit dem Rücktritt des Kabinetts Marx sind nahezu vier Wochen vergangen, das Reich kann nicht länger ohne verantwortliche Regierung bleiben. Die Kräfte können nicht

nur den Reichstag am Arbeiten, sondern wird auch den außenpolitischen Interessen des Reiches sehr schädlich.

Die Lage am gestrigen Abend.

Berlin, 8. Jan. Die Regierungskrise im Reich hat auch gestern keine Lösung gefunden. In den Abendstunden begab sich Reichskanzler Dr. Marx zum Reichspräsidenten, um ihm über die durch die völksparteiliche Entscheidung, nach der die Volkspartei ein - wenn auch verschleiertes - Kabinett der Mitte nicht unterstützen würde, entstandene Lage Bericht zu erstatten.

Die deutsche Antwortnote zur Räumungsfrage.

Die deutsche Antwort zur Räumungs- und Entwaffnungsfrage, in der die deutsche Regierung gegen das Vorgehen der alliierten Regierungen entschieden Verwahrung einlegt, weist zunächst darauf hin, daß die für lange Jahre vorgesehene Befestigung deutscher Gebiete eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages ist und kaum eine Parallele in den letzten Jahrhunderten der Geschichte hat.

Nach Ansicht der deutschen Regierung hätte es der Tragweite der Angelegenheit entsprochen, wenn die Mitteilung der Tatsachen, auf welche die alliierten Regierungen ihren Beschluß stützen, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden wäre.

Schon jetzt muß die deutsche Regierung aber feststellen, daß der Versuch, die Verzögerung der Räumung der nördlichen Rheinlandszone mit dem Stand der deutschen Abrüstung zu begründen, von vornherein als verfehlt anzusehen ist.

Bei objektiver Auslegung des Artikels 429 konnte von den alliierten Regierungen das Recht zu einer Hinausschiebung der Räumung nur dann in Anspruch genommen werden, wenn deutsche Verletzungen vorlägen, deren Bedeutung der außerordentlichen Härte einer Verlängerung der Befestigung entspricht.

Wenn man, so schließt die Note, zu einer gerechten Beurteilung der gesamten gegenwärtigen Situation gelangen will, darf eins nicht außer acht gelassen werden: Bei einem Vertrag, der, wie der Versailler Vertrag, nicht auf dem Verhandlungswege zustande gekommen ist, und der einem Teil auf allen Gebieten ungeheure Lasten auferlegt, ist es kaum anders denkbar, als daß bei der Durchführung schließlich Streitpunkte entstehen.

Eine sachgemäße Vereinigung solcher Streitpunkte ist nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung herbeizuführen.

Deutschland hat durch die gewaltigen Leistungen, die es auf Grund des Versailler Vertrages, insbesondere auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen, bewirkt hat, seinerseits die Voraussetzung für eine Politik friedlicher Verständigung geschaffen. Die Entwicklung der Dinge im vergangenen Jahre, namentlich der Verlauf und das Ergebnis der Londoner Konferenz, haben gezeigt, daß eine solche Politik durchaus im Bereiche der realen Möglichkeiten liegt.

Eine Interpellation zur Räumungsfrage.

Berlin, 8. Januar. Die Deutsche Volkspartei hat zu der Note der Vorkonferenz über die Nichträumung der Kölner Zone im Reichstage eine Interpellation eingebracht, in der sie fragt, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um diesem vertragswidrigen Vorgehen der Alliierten entgegenzutreten.

Professor Förster als Verteidiger der Note über die Nichträumung der Kölner Zone.

Eine Abjektivierung von Schweizer Seite. Die „Basler Nachrichten“ bringen einen Artikel des jetzt in Genf lebenden Professors Dr. Wilhelm Förster, worin er sich mit schwächlichen, sachlich bedeutungslosen und unwirksamen Vorbehalten und mit einer naiven Kritiklosigkeit die Behauptungen über die angeblichen deutschen Rüstungen zu eigen macht und daran mit dünn verschleierten hypothetischen Wendungen eine Kritik der deutschen Politik knüpft, die als Leistung eines nationalpolitischen Franzosen allenfalls verständlich wäre.

Der Reichshaushalt für 1925.

Dem Reichstag ist gestern der Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1925 zugegangen. Er weicht in formeller Hinsicht von demjenigen für das Rechnungsjahr 1924 wesentlich ab. Vor allem ist er in Reichsmark aufgestellt. Er enthält u. a. die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe im Betrag von 227 456 749 Reichsmark, die zur Bestreitung der Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes dienen sollen und zur vorübergehenden Verdrängung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse im Wege des Kredits bis zum Betrage von 150 Mill. Reichsmark.

Der Haushaltsplan für 1925 weist nur wenige neue Forderungen auf. Im Haushalts des Auswärtigen Amtes wird zum Erwerb eines Gebäudes für das Generalkonsulat in Bismarck ein erster Teilbetrag von 61 000 Reichsmark eingestellt.

Der deutsche Frauenausschuss zur Bekämpfung der Schuldlage veranstaltet vom 27. bis 30. Januar 1925 in Darmstadt seine zweite Schulungswoche. Es wird die Frage der Entstehung des Krieges und die Schulfrage von den bekanntesten Forschern auf diesem Gebiet behandelt.

Glück-Tage. Der Reichsverband ev. Eltern und Volkshilfen Berlin ruft zu einer Reichszählungswoche für den 11. bis 18. Januar auf. Es sollen für einen oder mehrere Abende der Woche Versammlungen des Elternbundes mit sozialpolitischer Aufklärung veranstaltet werden.

Eine neue Verhaftung im Falle Weber. Prag, 7. Januar. Der Sekretär des verhafteten Generaldirektors Hermann Weber, Dr. Camrup, wurde heute früh von zwei Geheimpolizisten im Hotel Imperial ebenfalls verhaftet.

Ein Weltgerichtshof in Bildung? Washington, 7. Januar. Der Vorschlag des Präsidenten Coolidge für den Beitritt Amerikas zu einem Weltgerichtshof soll am 11. Januar durch den Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten erörtert werden.

Aus Stadt und Land.

Am 8. Januar 1925.

Die Anwaltsforderungen Dr. Werthauers an den sächsischen Staat.

Zu der Meldung über eine Klage des Berliner Anwalts Justizrats Werthauer gegen den sächsischen Staat wegen einer Honorarforderung für Rechtsberatung bei der Auseinandersetzung des Staates mit dem Hause Wettin erklärt die „Zittauer Morgenzeitung“ zuverlässig folgendes: Tatsächlich sei eine Klage Dr. Werthauers gegen den sächsischen Staat anhängig. Dr. Werthauer klagt zunächst 10 000 Mark ein. Der Kläger betone, daß es sich um keine Honorarforderung, sondern um die nach dem Objekt bemessenen gesetzlichen Gebühren handle, und zwar betrügen diese rund 230 000 Mark und nicht dreizehntel Millionen. Dabei sei zu bedenken, daß in dem Objekt Sachgüter die größte Rolle spielen.

Die Steuern im Januar.

Ohne kundigen Führer den Gang durch das Wirrsal der im Januar fälligen Steuern anzutreten, erscheint fast ein Bagnis, besonders wenn der Steuerpflichtige sich nicht mit den Bestimmungen des Steuerermäßigungsgesetzes vom 10. November 1924 vertraut gemacht hat, das, wenn auch nicht für alle, so doch für die Mehrzahl der verschiedenen jetzt zur Erhebung gelangenden Steuern zur Anwendung kommt.

Daselbe gilt für den Lohn- und Gehaltsempfänger, der im Vierteljahr Oktober-Dezember ein Einkommen von mehr als 2000 Mark bezogen hat (keine Steuerermäßigung).

Für die Gesellschaften gelten die gleichen Bestimmungen, auch sie müssen bis zum 17. Januar die Voranmeldung bewirken und ihre Vorauszahlung auf die Körperschaftsteuer an die Finanzkasse leisten. Ermäßigungen wie oben: ein Viertel für Monats-, ein Zwölftel für Vierteljahrszahler. Die Umsatzsteuer beträgt wie bisher 2 Prozent, ihre Herabsetzung auf 1 1/2 Prozent tritt erst bei der Februarzahlung in Erziehung. Sie ist wie die Einkommensteuer, bis zum 17. Januar von den Monats- wie Vierteljahrszahlern zu entrichten.

Am 31. Januar sind die Umsatzsteuererklärungen für 1924 abzugeben. Befreit von der Abgabe dieser Erklärung sind die Angehörigen der Land- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaues, ferner die sonstigen Gewerbetreibenden, wenn diese auf Grund sorgfältiger Prüfung nach bestem Wissen und Gewissen die Ueberzeugung erlangen, daß die Summe der Voranmeldungen, die sie über ihre Umsätze des Jahres 1924 abgegeben haben, und die geleisteten Vorauszahlungen ihrem tatsächlichen steuerpflichtigen Vermögen im Jahre 1924 entsprechen.

Wer also kein ganz reines Gewissen hat, dem wird hier noch einmal Gelegenheit geboten, seine steuerlichen Sünden wieder gutzumachen. Wir glauben, daß trotz der angebotenen hohen Geld- und Haftstrafen die Zahl derjenigen, die sich danach drängen werden, die Erklärung abzugeben, nicht allzu groß sein wird.

Reichsbestimmungen über Sonntagsruhe.

Für Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit in Handelsgewerbe hat der Reichsarbeitsminister Richtlinien aufgestellt, denen alle Länder mit Ausnahme von Hessen beistimmen haben. Eine Abänderung bewährter Bestimmungen ist nicht beabsichtigt. An jedem Sonn- und Feiertag mit Ausnahme des 2. Oster-, Pfingst- und Weihnachtstages dürfen offene Verkaufsstellen zwei Stunden geöffnet sein, wenn dort ausschließlich oder überwiegend Rohstoffe, Milch, Bäckereifabrikate und Konditorwaren, frische Blumen oder Pflanzen ständig feilgehalten werden. In der Zeit vom 1. bis

Das Reichsma... Der Reichsma... Das Bedeutend... und einig... gehören... den Jah... werden... wert der... neuzeitlich... weiter Er... Auch genaue u... stimmung... im Spätl... Jahren er... der erst v... abzu... Lebenzeit... stellen. W... ter überli... dürfen. I... vortien I... das fängl... ver", das... jet ein G... haufen G... nach erst... nach Sch... Geldfrage... Note zu... Erkenntnis... über für h... Reichsmar... rote von... willigt u... übertragen... Der L... statten, w... die Gelder... mußte der... werden, d... Krupp in... die Banke... So find m... it. Nach... Kreuzer le... Tonnen. I... lichen Prei... auch nur u... maligen... Da m... muß find... den Fortsch... voll aufneh... önen erhal... Ruberüber... des Schiffes... eine erhöht... ählichen Be... mit Artille... früher wese... Amerik... Er fa... in seiner... wußte, er... sofort mit... „Gibt... lieben Lö... „So... die vielen... #3 werden... mit mir... mir, ich... kommt der... Führung i... Gefin... und das f... wurden ti... „Ach... „Kom... stimmung... dem Genz... die Spar... uns, wie f... in die Br... man die... wünschener... Gefin... „Ach... Tante Kin... nicht mah... mit Bratta... Brökli... der Spar... grauerhan... Rechte noch... lichten E... Dicksicht H... feimender... Gefin... Boden ist... geschätzten... Kleintonen

bis 30. September kann dies auch für frisches Gemüse, Obst, Fleisch, frische und geräucherter Fische gestattet werden.

Aufenthalt in den Vereinigten Staaten. Für eine Besuchs- oder Geschäftsreise in die Vereinigten Staaten wurde bisher ein Aufenthalt von 6 Monaten erlaubt.

Der neue Kreishauptmann von Leipzig. Die sozialdemokratische Presse erzählt, daß als Kreishauptmann von Leipzig der bisherige Chemnitzer Kreishauptmann Marcus in Aussicht genommen worden ist.

Schnee im Erzgebirge. Nach der warmen Temperatur und den Stürmen der letzten Tage, ist seit Dienstag im ganzen Erzgebirge Schnee eingetreten.

Studenbrand und Tod eines Kindes. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Mittag. Zwischen 12 und 1 Uhr entstand in der Wohnung des Bauarbeiters Creiß, Wehnerstraße 33, ein Stubenbrand.

Ein blinder Pilger in Lourdes. Im Turde ist kürzlich ein russischer Kriegsblinder namens Peter Anhalt angekommen, der die weite Reise aus Rußland nach Lourdes angetreten hat.

Die Wiederverheiratung der englischen Kriegswitwen. Der Jahresbericht des englischen Schatzamtes über die im Verlauf des letzten Haushaltsjahres ausgezahlten Pensionen ist soeben erschienen.

Rabbi als Konkurrent des Theaters. Sieben bis acht Millionen Zuschauer wohnten dieser Tage einem ausgezeichneten Konzert in der Metropolitan-Oper von New York bei.

Wahrig. Tödlicher Eisenbahnunfall. Der 26jährige verheiratete Streckenarbeiter Johannes Roth aus Niederalfalter wurde am Montag abends gegen 8 Uhr von dem noch Chemnitz abgehenden Zuge überfahren und getötet.

Annaberg. Unfall mit tödlichem Ausgang. Der bei Landwirt Paul Wiederanders in Stellung befindliche 18 Jahre alte Wirtschaftsgelbe Bruno Schiefer aus Frohnau hat sich mit mehreren jungen Burshen durch Schalkereien belustigt.

Augustsburg. Plan eines Klub-Hauses. Ein Komitee aus Chemnitzer Herren bestehender Gründungsausschuß beschäftigt den Bau eines Klubhauses in Augustsburg.

Gerichtssaal.

In der Schöffengerichtssitzung im Zwickauer Landgericht vom 8. Januar handelte es sich um Landfriedensbruch über den infolge Berufung des 1893 in Schneeberg geborenen jetzigen Geschäftsführers Max Alfred Wolf in Schneeberg, des 1882 ebendasselbst geborenen derzeitigen Gemeindevorstanders Hugo Albert Rödel in Schneeberg und des 1878 in Schneeberg geborenen, in Reusbüttel wohnhaften, jetzt als Maurer tätigen Max Barth entschieden wurde.

diese zurückgenommen. Am 30. Juli 1923 haben im Anschluß an Verhandlungen über eine Wirtschaftshilfe und eine Lohnserhöhung für die Holz- und Textilarbeiter in Schneeberg-Reusbüttel Unruhen stattgefunden, derenwegen sich am 12. und 13. Mai 1924 fast 30 Angeklagte vor dem großen Schöffengericht Zwickau zu verantworten hatten.

Neues aus aller Welt.

Einstellung des Verfahrens gegen Michael. Die Voruntersuchung gegen den bekannten Finanzier Jakob Michael, gegen den zahlreiche Anzeigen wegen Zinswuchers eingelaufen waren, wurde eingestellt.

Eheschließung im Gefängnis. Vor einiger Zeit wurde das Mitglied einer Folschmüngerbande, der Inhaber einer kleinen Druckerlei in Schneberg mit Namen Kaiser verhaftet.

Ein blinder Pilger in Lourdes. Im Turde ist kürzlich ein russischer Kriegsblinder namens Peter Anhalt angekommen, der die weite Reise aus Rußland nach Lourdes angetreten hat.

Die Wiederverheiratung der englischen Kriegswitwen. Der Jahresbericht des englischen Schatzamtes über die im Verlauf des letzten Haushaltsjahres ausgezahlten Pensionen ist soeben erschienen.

Rabbi als Konkurrent des Theaters. Sieben bis acht Millionen Zuschauer wohnten dieser Tage einem ausgezeichneten Konzert in der Metropolitan-Oper von New York bei.

Wahrig. Tödlicher Eisenbahnunfall. Der 26jährige verheiratete Streckenarbeiter Johannes Roth aus Niederalfalter wurde am Montag abends gegen 8 Uhr von dem noch Chemnitz abgehenden Zuge überfahren und getötet.

Annaberg. Unfall mit tödlichem Ausgang. Der bei Landwirt Paul Wiederanders in Stellung befindliche 18 Jahre alte Wirtschaftsgelbe Bruno Schiefer aus Frohnau hat sich mit mehreren jungen Burshen durch Schalkereien belustigt.

Augustsburg. Plan eines Klub-Hauses. Ein Komitee aus Chemnitzer Herren bestehender Gründungsausschuß beschäftigt den Bau eines Klubhauses in Augustsburg.

Volkswirtschaftliches.

Im Devisenverkehr der Reichsbank werden mit sofortiger Wirkung folgende Änderungen verfügt: 1. Ueber Reichsmark lautende im Auslande zahlbare Wechsel und Schecks werden wieder angekauft.

das Ausland sind demnach vom Beginn des Jahres 1925 nicht mehr erforderlich.

Berliner Börse vom Mittwoch. Es erweckt den Eindruck, als wenn die Abschwächung bereits überwunden ist. Es zeigt sich immer mehr, daß die Abschwächungen der Börse auf allen Märkten der Spekulation auf Auslassungen der politischen Lage zurückzuführen waren.

Ein großer Tag an der Neuperthaler Börse. Seit 20 Jahren hat die Neuperthaler Börse keinen so stürmischen Aussetzer erlebt wie den vom letzten Sonnabend. Der Hunger nach Effekten erreichte eine derartige Höhe, daß im Verlauf der beiden Börsentage nicht weniger als 1 1/2 Millionen Aktien den Verkauf fanden.

Sprechsaal.

Dieses Rubrik dient zum freien Meinungsäußern unserer Leser. Die Verantwortlichkeit übernimmt der Redakteur.

Wom Rat der Stadt Mue. wird uns geschrieben: Der Verfasser des im Sprechsaal des Mue. Tagesblattes vom Sonnabend, den 4. Januar 1925 veröffentlichten Artikels über die Badeverhältnisse in Mue scheint kein besonders häufiger Badegast des Müritzer Bades zu sein, sonst hätte er gemerkt, daß bereits 14 Tage vor dem Weihnachtsfeste die Veränderung der Badezeiten infolge des Weihnachtsfestes in doppelter Ausfertigung im Baderaum bekannt gemacht worden sind.

Letzte Drahtnachrichten

Die Handelskammern zum Wirtschaftskommun mit Frankreich.

Dresden, 7. Januar. Der Außenhandelsausschuß der Handelskammern fordert die Reichsregierung auf, bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich sich keinem französischen Diktat zu beugen und keinem Provisorium zuzustimmen, das nicht die wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit Deutschlands für die endgültigen Vertragsverhandlungen mit Frankreich völlig wahre und der deutschen Wirtschaft wesentlich Vorteile gegenüber dem vertraglosen Zustand bringe.

Beginn der interalliierten Finanzministerkonferenz.

Paris, 7. Januar. Heute nachmittag 3 Uhr wurde im Ehrensaal des Ministeriums der Finanzen durch den Finanzminister Clementel die interalliierte Finanzministerkonferenz eröffnet. Auf der Konferenz sind außer Frankreich, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Italien, Japan, Belgien, Polen, Rumänien, Serbien, die Tschechoslowakei, Griechenland und Portugal vertreten.

Schluß der italienischen Kammer.

Rom, 7. Januar. Der Ministerrat beschloß heute mit dem Wahlgesamtwort. Er entschied sich zugunsten des Pluralwahlrechts, aber gegen die Wahlprüfung, gegen die schriftliche Wahl und gegen das Auswandererwahlrecht.

Lustige Ecke.

Journalisten unter sich. Das kollegiale Verhältnis der Journalisten unter sich bringt es mit sich, daß sich die Leute der Feder manchmal recht verbündet die Waage halten. Eine hübsche Anekdote gibt da ein Berliner Blatt wieder.

„Haben Sie schon meinen aufsehenerregenden Artikel von heute früh gelesen?“ „Gewiß, sogar zweimal!“ „Ah, das ist sehr schmeichelhaft.“ „Keineswegs. Ich mußte ihn zweimal lesen, um nach einem vernünftigen Gedanken zu suchen.“

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Arthur Herrmann, Druck u. Verl.: Mue. Druck- u. Verlagsanstalt, m. b. H., Mue.



Amtliche Bekanntmachung.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden:

- Am 12. Dezember 1924 auf Blatt 222, die Firma **Ernst Berger Koch** in Aue betr.: Von Amts wegen: Die Firma ist erloschen.
- Am 17. Dezember 1924 auf Blatt 478, die Firma **Kilian Ott Koch** in Aue betr.: Die Firma ist erloschen.
- Am 29. Dezember 1924 auf Blatt 666, die Firma **Wahlte, Erzgebirge, Soziale Bauergesellschaft mit beschränkter Haftung** in Aue betr.: Das bisherige Stammkapital der Gesellschaft von 894 000 Mark ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 6. Oktober 1924 im Wege der Umstellung auf 4800 — viertausendachtzigtausend — Goldmark ermäßigt worden. Die Umstellung ist durchgeführt. Das Stammkapital ist durch Beschluß der Gesellschafter vom gleichen Tage auf 10 000 — zehntausend — Goldmark erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 6. Oktober 1924 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage in den §§ 4, 10, 11 und 18 abgeändert worden.
- Am 31. Dezember 1924 auf Blatt 575, die Firma **Berenschneiderei Gebrüder Simon, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Aue betr.: Das bisherige Stammkapital der Gesellschaft von 285 000 Mark ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. November 1924 in 285 000 — zweihundertfünfundachtzigtausend — Goldmark umgestellt worden. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll vom 28. November 1924 in den §§ 5 und 7 abgeändert worden.
- Am 2. Januar 1925 auf Blatt 564, die Firma **Ernst Geisner, Aktiengesellschaft, Textilmaschinenfabrik** in Aue betr.: Das bisherige Aktienkapital der Gesellschaft von 3 000 000 Mark ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 18. Dezember 1924 im Wege der Umstellung auf 2 100 000 — zwei Millionen einhunderttausend — Reichsmark, bestehend aus 3000 Aktien über je 700 Reichsmark, ermäßigt worden. Die Umstellung ist durchgeführt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 18. Dezember 1924 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage in den §§ 4, 8a und 23 abgeändert worden.
- Am 3. Januar 1925:
 - a) auf Blatt 466, die Firma **Maschinen-Fabrik Hiltmann und Lorenz, Aktiengesellschaft** in Aue betr.: Das bisherige Aktienkapital der Gesellschaft von 14 000 000 Mark ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 29. Dezember 1924 im Wege der Umstellung auf 1 400 000 — eine Million vierhunderttausend — Reichsmark, bestehend aus 14 000 Aktien über je 100 Reichsmark, ermäßigt worden. Die Umstellung ist durchgeführt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 29. Dezember 1924 laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 4, 14, 18, 21 und 23 abgeändert worden.
 - b) auf Blatt 587, die Firma **Christian Gottlieb Becker, Aktiengesellschaft** in Auerhammer betr.: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 20. November 1924 ist das bisherige Grundkapital der Gesellschaft von 50 000 000 Mark im Wege der Umstellung auf 2 000 000 — zwei Millionen — Reichsmark, in 1800 auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu je 1000 Reichsmark und 200 auf den Namen lautenden Vorzugsaktien zu je 1000 Reichsmark, ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag durch Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 5, 20, 22, 23, 25 und 30 abgeändert worden.
 - c) auf Blatt 618, die Firma **Stamine Webers Aktiengesellschaft** in Auerhammer betr.: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. Juni 1924 ist a) das bisherige Aktienkapital der Gesellschaft von 50 000 000 Mark im Wege der Umstellung auf 25 000 — fünfundzwanzigtausend — Reichsmark bestehend aus 250 Aktien über je 100 Reichsmark, ermäßigt, b) die Erhöhung des Grundkapitals um 25 000 — fünfundzwanzigtausend — Reichsmark, in 250 auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu je 100 Reichsmark geschehen, mit 50 000 — fünfzigtausend — Reichsmark, beschlossen und c) der Gesellschaftsvertrag laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 8 und 20 abgeändert worden.
- Am 5. Januar 1925:
 - a) auf Blatt 185, die Firma **Auer Druck- und Verlags-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Aue betr.: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 30. Dezember 1924 ist das bisherige Stammkapital der Gesellschaft von 110 000 Mark im Wege der Umstellung auf 44 000 — vierundvierzigtausend — Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 3 und 4 abgeändert worden. Die Ermäßigung des Stammkapitals ist erfolgt.
 - b) auf Blatt 585, die Firma **Auer Metall-Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Aue betr.: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 30. Dezember 1924 ist das bisherige Stammkapital der Gesellschaft von 20 000 Mark im Wege der Umstellung auf 8 000 — achttausend — Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 4 und 9 abgeändert worden. Die Ermäßigung des Stammkapitals ist erfolgt.
 - c) auf Blatt 617, die Firma **Mühlentriebes-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Aue betr.: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 30. Dezember 1924 ist das bisherige Stammkapital der Gesellschaft von 500 000 Mark im Wege der Umstellung auf 30 000 — dreißigtausend — Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 5, 6 und 18 abgeändert worden. Die Ermäßigung des Stammkapitals ist erfolgt.
 - d) auf Blatt 645, die Firma **Sägewerk- und Holzhandels-Aktiengesellschaft** in Aue und dazu folgendes: Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. Oktober 1923 festgesetzt und am 17. November 1924 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die nachweise Übernahme und Fortführung sowie Ausdehnung der von den bisherigen Inhabern der Kommanditgesellschaft in Firma „Christian Becker“ betriebenen Holzhandlung und des Sägewerks. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 10 000 000 — zehn Millionen — Mark und besteht aus 500 Stück zu je 10 000 Mark und 100 Stück zu je 50 000 Mark auf den Inhaber lautenden Aktien. a) Fabrikbesitzer **Willy Johannes Becker** in Aue, b) Kaufmann **Paul Runge** in Chemnitz sind Mitglieder des Vorstandes, laut Gesellschaftsvertrag vom 24. Oktober 1923 und Notariatsprotokoll vom gleichen Tage. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen vertreten.

Ferner wird bekannt gegeben:
Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen, die durch den Aufsichtsrat bestellt oder abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann einzelnen Vorstandsmitgliedern die alleinige Vertretungsbefugnis einräumen, er kann auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen. Die Generalversammlung beruft den Aufsichtsrat oder der Vorstand. Die Einladungen erfolgen innerhalb der gesetzlichen Mindestfrist. Alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Nennwert zuzüglich eines Aufgeldes von 10 000 000 %. Gründer der Gesellschaft sind: die Firma **Christian Becker, Hedwig von Becker, Fabrikbesitzer Hugo Alfred Becker, Fabrikbesitzer Paul Otto Becker, Marie Helene Becker, Fabrikbesitzer Willy Johannes Becker**, sämtlich in Aue, Kommerzienrat **Maximilian Friedrich Schwarz** in Oberleutensdorf, Fabrikdirektor **Emil Runge** in Oberleutensdorf und der Kaufmann **Paul Runge** in Chemnitz. Die Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Mitglieder des ersten Aufsichtsrates sind: Kommerzienrat **Maximilian Friedrich Schwarz** in Oberleutensdorf, Fabrikbesitzer **Hugo Alfred Becker** in Aue, Fabrikbesitzer **Paul Otto Becker** in Aue und Fabrikdirektor **Emil Runge** in Oberleutensdorf.

Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstandes des Aufsichtsrates und der Revisoren kann bei dem Bericht, von dem Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer in Frauen Einsicht genommen werden.

Weiter ist am 5. Januar 1924 eingetragen worden:
Durch Beschluß der Generalversammlung vom 17. November 1924 ist das bisherige Grundkapital der Gesellschaft von 10 000 000 Mark im Wege der Umstellung auf 6000 — sechstausend — Reichsmark, bestehend aus 150 Stück zu je 20 Reichsmark und 30 Stück zu je 100 Reichsmark auf den Inhaber lautende Aktien, ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag laut Notariatsprotokoll von demselben Tage in den §§ 4, 27 und 29 abgeändert worden.
Amtsgericht Aue, den 6. Januar 1925.

Apollo-Lichtspiele

Aue, Bahnhofstraße.

Spielplan für Donnerstag bis Sonntag, den 8. bis 11. Januar 1925, bringt ein unübertreffliches Filmwerk deutscher Regie- und Darstellungskunst.

Das Abenteuer von Sagoffa

Modernes Schauspiel in 8 Akten.

Interne Hofschickeln aus einer kleinen Residenz, die mit den Liebesabenteuern einer amerikanischen Multimillionärstochter, die zum Wintersport in St. Thomas weilt, verwickelt sind. Der Film bietet außer modernen Gesellschaftsbildern, Abenteuer und Sensationen, herrliche Naturschönheiten und winterliche Landschaftsbilder. Ein Winterportfest in St. Thomas, darstellend: „Ein Fest am Nordpol“ krönt die deutsche Regiekunst.

Dazu erscheint: Der labelhafteste amerikanische Sportfilm:

Der Bogerkönig von New York

Ein Sport- und Abenteuerfilm in 4 Episoden (24 Akten).
Interessantes aus dem Leben des bekannten New Yorker Sportmannes Reginald Denny der Hauptdarsteller dieses Films, der durch sein lebenswürdiges und weltmännlich-marrantes Spiel sich rasch die Sympathie des deutschen Publikums eroberte.

8. bis 11. Januar I. Teil: „Der Boger mit der schwarzen Maske“
12. bis 14. Januar II. Teil: „Kampf um die Welt herrschaft“
15. bis 18. Januar III. Teil: „Von Sieg zu Sieg“
19. bis 21. Januar IV. Teil: „Die große Niederlage“

Wochentags Anfang 8 und $\frac{1}{2}$ 9 Uhr. — Sonntags Anfang $\frac{1}{4}$ 4, 6 und $\frac{1}{2}$ 9 Uhr.
Nur für Erwachsene.

DOMMELLA

müssen Sie noch heute probieren, denn:

DOMMELLA

ist ein Edelprodukt

DOMMELLA ist sehr ausgiebig

DOMMELLA bräunt vorzüglich

DOMMELLA hält sich lange frisch

DOMMELLA spült nicht!

! Überall erhältlich.

Erzeugnis der Margarinefabrik Dommitzsch-A.G. Dommitzsch $\frac{1}{2}$ E. Dresden

Generalvertreter und Großhändler:
CARL MAGGA, AUE I. S., am Bahnhof
Fernruf Aue 347.

Zur Lieferung für Karneval, Sockler- und Volksfestartikel

wie humorist. Kopfbedeckung, Scherzartikel, Seablorationen, Willkommen- und Vereinsplakate, Konfetti, Luftschlangen, Los-Röllchen, Tanzblumen usw. halte ich mich bestens empfohlen.

Emil Georgi,

Wettinerstr. 1. Fernruf 550.

Freibant Schlachthof Aue

Freitag nachmittag von $\frac{1}{2}$ 3 Uhr ab Verkauf von minderwertigem Fleisch.

Jüngeres Fräulein oder Herr

zur Erlernung der Brandmalerei für dauernd sofort gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unt. „N.T.131“ an d. Auer Tagebl.

Ostermädchen Arbeiterinnen

zum sofortigen Eintritt werden noch angenommen.

Herrenwäschefabriken
Gebrüder Simon
G. m. b. H.
Aue, Reichsstraße.

Verfasser Schnittmacher u. Stempeldreher

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Karl Boellath, Mäz- und Prägewerk, Schrebenhausen, Oberbayern.

Anzugstoffe

Billigste Preise!
A. H. Streicher
Crimmitschau I. Sa.
Muster liegen aus und Bestellungen werden angenommen bei:
Harm. Schwammkrug,
Aue, Ankerstr. 12.

Tüchtiger älterer Graveur,

firm in sämt. Grabearbeiten, sucht Stellung.
Angebote unter „N. S. 125“ an das Auer Tageblatt.

Haus- und Küchen-geräte jeder Art!

Eisernen Kochgeschirrs.
Große Auswahl.
Billige Preise.
Reinlich:
Emil. Rindow
Badewannen.
Gustav Biehweger
Bettlernerstr. 27.

Eine komplette Schlafzimmer-Einrichtung in Eiche

dunkelbraun, noch wie neu, wird zum Verkaufe gegen Meistgebot bei sofortiger Barzahlung ausgeben.
Besichtigung bis 13. Januar 1925, nachmittags zwischen 3 bis 4 Uhr. Zu melden bei der
Stadtglockasse Aue.

TEEKANNE

„der Gehaltvolle.“
DESHALB DER BILLIGSTE UND ZUGLEICH DER FEINSTE TEE IM VERBRAUCH

Das Erweitern
ein Te
daß er
kognit
das M
sich ein
bekan
gen ist
schaft i
ausges
Gis
auf Gen
gen dem
ordnung
ter Mit
der Sch
Da
Staatsa
Ausdr
Der
ber die
Sendun
kommen
Mit
Kahl (A
fordert,
präsident
die Wä
W
unter S
ten, die
Abdruck
nicht ge
druck h
müsse er
und sich
zu W
Abg
folge de
den Rom
e m
besorgt
nium de
Widerstr
auf den
rommun
Schwint
nderer
Wirt Pr
nen Dr
beschimp
r 55 I
chen un
effender
Der Unt
berntese
Prä
et, an
rinnern
kauf, A